

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Richard Seelmaecker (CDU) vom 04.05.16

und Antwort des Senats

Betr.: Beschäftigte in den Präsidialstäben

Entgegen vollmundiger anderslautender Ankündigungen in der vergangenen Legislaturperiode hat der Erste Bürgermeister in den präsidialen Intendantzbereichen der Hamburger Behörden tatsächlich keine Kürzungen vorgenommen, sondern die Chefetagen noch weiter aufgebläht, wie die Antworten des Senats auf meine Schriftlichen Kleinen Anfragen, Drs. 21/1722 und 21/1985, zeigten.

Seine finanzielle Sorglosigkeit hat sich auch auf die Senatskollegen übertragen. So gönnt sich die Zweite Bürgermeisterin in dieser Eigenschaft neben ihren Mitarbeitern im Präsidialstab der ihr als Senatorin unterstehenden Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung noch eine zusätzliche Büroleitung sowie eine zusätzliche persönliche Referentin.

Auch in der Behörde für Inneres wurde das Personal im Präsidialbereich aufgestockt: Vor dem Hintergrund der damaligen Olympiabewerbung erhielten der Staatsrat für Sport und Olympia eine eigene Terminreferentin (E 10) und der Senator noch einen zusätzlichen Referenten (A 13). Die Stellen wurden aus anderen Bereichen des Amtes für Innere Verwaltung und Planung in den Präsidialbereich verlagert.

In der Justizbehörde wurde die Stelle des Referenten für Grundsatzangelegenheiten mit einem abgeordneten Richter der Besoldungsgruppe R 2 besetzt; die Differenz in Höhe von – damals – 24.127 Euro wird aus dem Personalkostenbudget des Einzelplans 2 finanziert. Zur Begründung führte der Senat an, dass die Aufgabe die Fachkenntnis eines R2-Richters erfordere.

Nachdem die jährlichen Kosten für die Erstellung von Reden durch externe Schreiber in den vergangenen Jahren von 4.309,95 Euro (2011) auf 25.085,93 Euro (Januar bis Mitte Oktober 2015) gestiegen sind, beschäftigt der Erste Bürgermeister seit dem 1. November 2015 nun auch noch zwei Vollzeitkräfte als Redenschreiber.

Ob in der Justiz, der Polizei, in den Bezirksämtern oder an unseren Schulen – an allen Ecken und Enden fehlt es an Personal. Umso wichtiger ist es, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sinnvoll umzugehen und die richtigen Prioritäten zu setzen.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

1. *Wie viele Stellen welcher Wertigkeit (laut Stellenplan) sind in den Präsidialabteilungen, Senatorenbüros und Parlamentsreferaten der einzelnen Behörden einschließlich der Senatskanzlei aktuell jeweils vorgesehen und wie viele dieser Stellen sind besetzt? Bitte pro Behörde angeben.*
2. *Wie viele Stellen welcher Wertigkeit (VZÄ) sind tatsächlich aktuell vorhanden und wie viele dieser Stellen sind besetzt? Bitte pro Behörde angeben.*
 - a. *Welche Aufgaben werden von den aktuellen Stelleninhabern auf diesen Stellen in den Behörden jeweils (tatsächlich) wahrgenommen? Bitte pro Behörde angeben.*

Siehe Anlage, im Übrigen siehe Drs. 21/1722.

- b. *Inwiefern hat es in den einzelnen Behörden beziehungsweise in der Senatskanzlei jeweils Änderungen gegenüber den Angaben des Senats in den Antworten auf die Schriftlichen Kleinen Anfragen Drs. 21/1722 und 21/1985 gegeben? Bitte pro Behörde darstellen.*

Zu den mit der Drs. 21/1985 übermittelten Angaben zu verschiedenen Aufgabenbereichen der Senatskanzlei haben sich folgende Änderungen ergeben:

Wertigkeit der Stelle	Angabe (Bezeichnung) des Dienstpostens	Tatsächliche Besoldungs-/ Entgeltstufe des Stelleninhabers	Stelle besetzt (in %)	Änderungen
A 14	Terminreferent des Ersten Bürgermeisters	A 14	100	Beförderung zum 1.1.2016
E 14	Redenschreiber	E 14	100	Nachbesetzung zum 1.11.2015 als Vollzeitstelle
SAV	Stellv. Pressesprecher	SAV nach B 2	100	Wertigkeit der Stelle ist zu korrigieren in: „SAV“ (Bezeichnung A 15ü war fehlerhaft)
E 13	Öffentlichkeitsarbeit	E 13ü	64	Umfang der Stellenbesetzung wurde auf 64 erhöht (Arbeitszeiterhöhung)
0,5 x A 16	Senats- und Parlamentsangelegenheiten	A 15	100	Änderung der Besoldung durch Nachbesetzung der Stelle
A 13	Bundes- und Europaangelegenheiten	E 13	100	Nachbesetzung der Stelle zum 1.1.2016
A 14	Protokoll	A 14	100	Änderung der Besoldung durch Nachbesetzung der Stelle

Im Übrigen siehe Anlage.

3. *Neben den laut Stellenplan eingerichteten Stellen wurden laut Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage Drs. 21/1722 in der Behörde für Schule und Berufsbildung eine und in der Behörde für Inneres und Sport zwei Stellen zusätzlich eingerichtet. Wurden seitdem noch weitere derartige Stellen in den unter 1. genannten Bereichen zusätzlich eingerichtet?*

Falls ja, in welcher Behörde wurden jeweils wann wie viele Stellen welcher Wertigkeit aus welchem Grund eingerichtet?

Nein. Im Übrigen: entfällt.

4. *Der Senat gab an, dass die zwei im Präsidialbereich der Behörde für Inneres und Sport eingerichteten Stellen aus anderen Bereichen des Amtes für Innere Verwaltung und Planung in den Präsidialbereich verlagert wurden. Dies geschah zur Unterstützung und Assistenz des Sportstaatsrates sowie des Senators im Hinblick auf die Olympiabewerbung. Die Olympiabewerbung Hamburgs ist vor knapp sechs Monaten abgelehnt worden.*
- a. *Aus welchen Bereichen wurden die beiden Stellen jeweils in den Präsidialbereich verlagert?*

Die Stelle Terminreferentin ist als Tarifstelle geschaffen worden. Bezüglich der Planstelle A 13 erfolgt eine Fremdnutzung zulasten des Referats für Glücksspielaufsicht.

- b. *Erfolgte zwischenzeitlich eine „Zurück-Verlagerung“ der Stellen?*
Falls nein, weshalb nicht und welche Aufgaben werden von der Terminreferentin und dem Referenten des Senators nun wahrgenommen?

Nein. Die Stelle des Referenten wurde nicht allein im Hinblick auf die Olympiabewerbung in das Senatorenbüro verlagert, siehe Drs. 21/1985. Über die Stelle der Terminreferentin ist noch keine abschließende Entscheidung getroffen worden.

- c. *Welche Staatsräte – neben dem Sportstaatsrat – haben jeweils eigene Terminreferenten?*

Keine.

5. *Welche Aufgaben werden von dem Referenten für Grundsatzangelegenheiten in der Justizbehörde wahrgenommen und welche besonderen Fachkenntnisse, die ein beziehungsweise dieser R2-Richter mitbringt, sind dafür erforderlich?*

Der Dienstposten der Grundsatzreferentin/des Grundsatzreferenten gehört seit jeher zur Ausstattung des Präsidialstabes der zuständigen Behörde. Er ist grundsätzlich der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt zugeordnet und kann aufgrund eines von der Bürgerschaft bewilligten Haushaltsvermerks mit Personal, dass nach der Besoldungsordnung R besoldet wird, besetzt werden. Der Grundsatzreferent – welcher abgeordnet ist – nimmt vergleichbare Aufgaben der Referentinnen und Referenten für öffentliches Recht und Rechtsprüfung wahr. Aufgrund der bestehenden Haushaltsvermerke ist in diesen Fällen eine Besoldung nach R 2 zulässig. Im Einzelnen werden von dem Dienstposteninhaber insbesondere nachstehende Aufgaben wahrgenommen:

- Erstellung von Konzepten und inhaltlichen Grundlagenpapieren für die Behördenleitung
- Vorbereitung und Ausarbeitung von Reden, Beiträgen und Referaten
- Entwicklung und Betreuung von Projekten zur Begleitung justizpolitischer Vorhaben
- Bundesratsangelegenheiten (einschließlich Rechtsausschuss/Vermittlungsausschuss)
- Koordination der Subsidiaritätsprüfungen

- Koordination der Angelegenheiten der Ständigen Vertragskommission

Die hierbei erforderlichen Fachkenntnisse ergeben sich vor allem im Hinblick auf die extrem kurzfristige Bewertung zahlreicher umfangreicher und komplexer Gesetzgebungsvorhaben insbesondere auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts.

6. *In welchem Umfang sind im Jahr 2015 insgesamt sowie in den ersten vier Monaten des Jahres 2016 externe Redenschreiber für den Ersten Bürgermeister sowie gegebenenfalls die Zweite Bürgermeisterin beauftragt worden und welche Kosten sind hierfür angefallen?*

Für externe Redenschreiber sind die folgenden Kosten angefallen:

Gesamt 2015		
	Anzahl Reden	€
Bgml	106	36.579,38
Bgmll	17	6.205,17
Gesamt	123	42.784,55
Gesamt bis Ende 4 / 2016		
	Anzahl Reden	€
Bgml	10	3.288,14
Bgmll	4	1.194,12
Gesamt	14	4.482,26

Anlage

Behörde	Wertigkeit der Stelle	Angabe (Bezeichnung) des Dienstpostens	Tatsächliche wahrgenommene Aufgaben	Tatsächliche Be- soldungs-/ Entgeltstu- fe des Stellenin- habers	Stelle besetzt (in %)	Änderungen
Behörde für Schule und Berufsbildung	E 5	Geschäftsstelle	Wie vor.	-	0	Stelle vakant, Nachbesetzung vorgesehen
Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung	A 15	Leitung Präsidialabteilung und Senatorinnenbüro	Wie vor.	A 15	100	Höherbewertung der Stelle von A 14 auf A 15
	EG 11	Parlamentarische Angelegenheiten	Wie vor.	EG 11	100	Nachbesetzung der Stelle
	EG 5	Mitarbeit und Assistenz	Wie vor.	EG 5	80	Stellenbesetzung von 50% auf 80 %
Kulturbehörde	A 9	Sachbearbeiter/in für Präsidialangelegenheiten	Wie vor.	A 9	100	Höherbewertung der Stelle von A 8 auf A 9
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration	E 14	Referatsleitung	Pressesprecher/in, Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	E 14	100	Höherbewertung der Stelle auf E 14
	E 13	Referent Strategische Öffentlichkeitsarbeit/ Stellv. Referatsleitung	Wie vor.	A 11	100	Nachbesetzung der Stelle zu 100% mit der Wertigkeit A 11
	A 11	Sachbearbeitung Eingaben und Ersuchen	Wie vor.	A 11	80	Stellenbesetzung von 75% auf 80%
	E 11	Sachbearbeitung Anfragen und bezirkliche Angelegenheiten	Wie vor.	E 11	85	Stellenbesetzung von 75% auf 85%
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz*	A 11	Sachbearbeitung	Vorgangssteu- erung, Bund- Länder- Koordinierungen	A 9	100	Nachbesetzung der Stelle
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen	E 14	Referatsleitung	Leitung Senats- und Parlamentsangelegenheiten	E 14	100	Nachbesetzung der Stelle
	A 11	Sachbearbeitung	Deputation, parlamentarische Eingaben, Anforderungen Senatskommission, parlamentarische Anfragen	A 9	100	Nachbesetzung der Stelle

Behörde	Wertigkeit der Stelle	Angabe (Bezeichnung) des Dienstpostens	Tatsächliche wahrgenommene Aufgaben	Tatsächliche Be- soldungs-/ Entgeltstu- fe des Stellenin- habers	Stelle besetzt (in %)	Änderungen
Shared-Service- Aufgaben für die BSW und BUE	E 13	Sachbearbei- tung	Koordinierung Stadtentwicklung	-	0	Stelle vakant
	E 14	Referatsleitung	Leitung Öffent- lichkeitsarbeit und Kommunikation, Pressesprecher	E 14	100	Höherbewertung der Stelle von E 13 auf E 14
	E 8	Sachbearbei- tung	Geschäftsstelle, Vertretung Vor- zimmer	E 8	100	Höherbewertung der Stelle von E 6 auf E 8
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation	A 9	Sachbearbei- tung Parlamen- tarische Anfra- gen	Wie vor.	-	0	Stelle vakant
	E 6	Sachbearbei- tung Senato- renbüro	Wie vor.	E 6 (Zulage nach E 8)	64	Stellenbesetzung von 100% auf 64%
Behörde für Umwelt und Energie	A 13	Referent/in	Parlamentsrefe- rent	E 13	100	Nachbesetzung der Stelle
	A 14	Referatsleitung	Leitung Senats- und Parla- mentsangelegen- heiten	A 14	100	Neubewertung des Dienstpostens
	E 9	Sachbearbei- tung	Bezirksversamm- lungen, Anfragen, Beschlüsse, Ab- forderungen Se- natskanzlei, Bür- gerbriefe, parla- mentarische Ein- gaben	E 9	100	Nachbesetzung der Stelle
Behörde für Inneres und Sport	A 11	Terminrefe- rent/in	Terminreferent/in des Senators	A 11	100	Neubewertung des Dienstpostens
	E 11	Terminrefe- rent/in	Terminreferent/in des Staatsrates Sport	E 11	100	Anpassung der Wer- tigkeit durch tarifliche Bewertung
Finanzbehörde	A 12	Sachbearbei- tung Präsidial- und Parla- mentsangele- genheiten	Wie vor.	A 12	100	Nachbesetzung der Stelle
	A 11	Sachbearbei- tung Präsidial- und Parla- mentsangele- genheiten	Wie vor.	A 11	100	Nachbesetzung der Stelle

* Im Allgemeinen gab es in der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz Aufgabenver-
schiebungen nach einer Neuorganisation des Präsidialstabs zum 1. Oktober 2015